

RATSANTRAG

Münster, 05. Juni 2023

**Safety first: Ein Plus an Sicherheit im öffentlichen Raum –
Kriminalprävention effektiv einsetzen**

Der Rat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. Die Sicherheit im öffentlich Raum zu stärken, indem kriminalitätspräventive Fragen frühzeitig auf Grundlage einer Prozessbeschreibung zur Zusammenarbeit von Stadt und Polizei bei städtebaulichen Vorhaben (Veränderung oder Neuplanungen) berücksichtigt werden.
2. Bei städtebaulichen Vorhaben an kriminalitätsgefährdeten Orten sollen Sicherheitsaspekte priorisiert werden. Dazu sind die polizeilichen Stellungnahmen den politischen Gremien zukommen zu lassen. Ferner ist das Instrumentarium der kriminalpräventiven Gutachten zu berücksichtigen und ggf. zu nutzen. Ein quartiersbezogenes interdisziplinäres Vorgehen ist zu verfolgen.

Begründung:

Die Einbeziehung der Polizei bei Veränderung oder Neuplanungen des öffentlichen Raums soll die objektive und subjektive Sicherheit in Münster erhöhen. Dies gilt beispielhaft im Umfeld des Hauptbahnhofs wie die beabsichtigten Planungen für das Parkhaus Bremer Platz oder den Hamburger Tunnel. Polizeiliche Erkenntnisse sind maßgeblich in Planungsprozesse einzubeziehen und die jeweilige Planung ist auf deren Grundlage zu optimieren (bautechnische Komponenten, soziale Komponenten, Beleuchtung, etc.).

- Die Polizei verfügt über Fachwissen und Erfahrung im Bereich der Kriminalitätsprävention und öffentlichen Sicherheit. Durch ihre frühzeitige Einbindung kann sie ihr Fachwissen einbringen, um potenzielle Sicherheitslücken zu identifizieren und Vorschläge zur Risikominimierung zu machen. Dies kann dazu beitragen, den öffentlichen Raum sicherer zu gestalten und das Sicherheitsgefühl der Bewohner zu verbessern.
- Die Polizei sammelt und analysiert Kriminalitätsdaten, um Muster und Trends zu erkennen. Diese Informationen können wertvolle Einblicke in Bereiche mit höherem Kriminalitätsrisiko oder spezifische Sicherheitsprobleme in einer Stadt liefern. Diese Erkenntnisse können genutzt werden, um sicherheitsrelevante Faktoren zu berücksichtigen und Maßnahmen zu ergreifen, um potenzielle Kriminalitätsrisiken zu mindern.
- Durch die Zusammenarbeit mit der Polizei können Maßnahmen ergriffen werden, um potenzielle Kriminalitätsrisiken zu minimieren und sicherheitsrelevante Vorfälle zu verhindern. Dies kann die Implementierung von Sicherheitstechnologien wie Überwachungssystemen, die Verbesserung der Straßenbeleuchtung, die Gestaltung von öffentlichen Räumen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts und die Einrichtung von sicheren Gehwegen umfassen.

Die Einbindung der Polizei soll in enger Abstimmung mit den städtischen Behörden und der lokalen Bürgerschaft erfolgen. Eine umfassende und kooperative Herangehensweise kann dazu beitragen, eine sicherere und lebenswertere Stadtumgebung zu schaffen.

Gez.

Stefan Weber und Fraktion